

Verlagort Dresden.

Einzelnenpreis: die 10spaltige 23 mm breite Seite 6 Ugl.

für Familienanzahl 5 Ugl.

Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Sächsische Volkszeitung

Wöchentlich 8 mal wöchentlich.
Wöchentliches Bezugspreis durch Träger einigt 30 Ugl. 2m.
40 Ugl. Trägerzeit 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich
Postvermittlungsgeld, zusätzlich 36 Ugl. Post-Verkehr.
Einzelnummer 10 Ugl., Sonn- u. Festtagsnummer 20 Ugl.
Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf der
Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Untere
Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Schließung: Dresden-N., Volkerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Druckerei u.
Verlag Th. u. G. Winkel, Volkerstraße 17, Fernruf 21012,
Postfach: Nr. 1025, Bank: Sparkasse Dresden Nr. 24787

Donnerstag, 28. Januar 1937

In Halle von höherer Gewalt, Arbeit, einreisender Betriebs-
leitungen bei der Besichtigung oder Werbungsarbeiten keine
Gewähr, falls die Zeitung in beschränkter Umlage, verspätet
oder nicht erscheint. Verlagsort: Dresden-N.

Ugaki beim japanischen Kaiser

Vermittlungsverhandlungen gescheitert

Ansammlungen vor Ugakis Hauptquartier Der General sollte zum Verzicht gezwungen werden — Verhaftung von Angehörigen des Arbeiter- und Bauernbundes

Tokio, 27. Jan.
General Ugaki hielt am Mittwochvormittag dem japanischen Kaiser Bericht über seine ergebnislosen Verhandlungen mit der Armeeführung.
Die japanische Presse schreibt allgemein, daß angesichts der Narren, abnehmenden Haltung der Armeeführung, die eine schwere innere Krise zeigt, Ugakis Beauftragung gegenstandslos geworden sei. In diesen Kreisen glaubt man auch nicht, daß außergewöhnliche Maßnahmen, selbst wenn sie die Bildung eines Kabinetts und Ugaki möglich machten, zur Behebung der Krise beitragen könnten. Die offensichtlichen Spannungen zwischen dem Meer und den Kreisen, die die Beauftragung Ugakis anregten, und ihn jetzt mit allen Mitteln zu stützen suchten, müß-

ten im Gegenteil noch schärfer werden. Die gesamte Presse, die durchaus auf Seiten Ugakis steht und deshalb starke Kritik an Kriegsminister Terauchi übt, sieht lieber einen Verzicht Ugakis als die Herausforderung neuer folgenschwerer Verwicklungen.
Die Agentur Domei meldet, daß vor General Ugakis Hauptquartier Angehörige des patriotischen Arbeiter- und Bauernbundes in dem Augenblick verhaftet wurden, als Ugaki das Haus betreten wollte. Die vorläufige Meldung sagt nur, daß die Verhafteten ein Schriftstück bei sich trugen, das Ugaki zum Verzicht aufforderte. Der General sei gezwungen gewesen, schließlich einen Einlass zu erlauben, da eine große Menschenmenge das Haus verperrt hätte.

Die Sabotageakte in britischen Marinewerften vor dem Unterhaus

London, 27. Jan. Im Unterhaus wurde am Dienstag nachmittag der Mißtrauensantrag der Labour-Party gegen die Regierung Baldwin wegen der Entlassung von fünf Arbeitern der staatlichen Dockanlagen in Devonport eingebracht.
Der Labour-Abgeordnete Greenwood begründete den Antrag u. a. damit, daß den Beschäftigten, die eines der schwersten Verbrechen begingt wurden, keine Gelegenheit zur Reue gegeben worden sei. Man habe ihnen nicht einmal mitgeteilt, weshalb sie entlassen worden seien. Der von dem Ersten Lord der Admiralität eingeleitete Untersuchungsausschuß habe lediglich die eine Seite des Falles angehört.
In seiner Antwort wies der Erste Lord der Admiralität Sir Samuel Hoare auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung gewisser Vorgänge auf den Staatswerften hin. Es liege auf den Schultern der Arbeiter und der Regierung die Verantwortung, darauf zu achten, daß nichts das Vertrauen von Offizieren und Soldaten der Flotte gegenüber den Werften erschüttern könnte. In den Werften dürften nur Leute beschäftigt werden, denen die Regierung voll vertrauen könne. Vor 10 oder 12 Jahren sei der Versuch gemacht worden, Unzufriedenheit unter den Werftarbeitern zu schüren und sogar Meutereien anzuzetteln. Besondere Vorsichtsmaßnahmen hätten daher getroffen werden müssen. Trotzdem hätten die nächsten Jahre eine ganze Reihe sehr bedenklicher Zwischenfälle gebracht. Sir Samuel Hoare zählte dann eine Reihe von Sabotagefällen auf, die für die Notwendigkeit einer strengen Überwachung durch die Regierung zeugen. Es sei klar gewesen, daß die Beschäftigten mit Vorbedacht und in böser Absicht vorgenommen worden seien.

Schreckensregiment der Intern. Brigade Maschinengewehre im Rücken der Kämpfenden — Granenvolle Zustände in Malaga

London, 27. Jan.
„Daily Mail“ berichtet aus Alcala de Henares, daß unter den Milizen in Madrid eine offene Meuterei gegen die sowjetrussischen Machthaber ausgebrochen sei. Gefangene teilten mit, daß die Spanier, die jetzt noch für die Volkswaffen kämpfen, General Franco sofort die Tore der Stadt öffnen würden, wenn sie nicht durch sowjetrussische Maschinengewehre im Rücken in Schach gehalten würden. Die berüchtigte Internationale Brigade habe die Schützengräben der Reservestellungen mit Maschinengewehren besetzt, die auf die eigene Frontlinie gerichtet seien. Jeder, der den Befehlen der bolschewistischen Vorgesetzten nicht sofort nachkomme, werde hingerichtet. Die Gewißheit, daß ihre Familien zurückgelassen werden müßten, wenn sie flüchten, verhindere ganze Abteilungen der bolschewistischen Miliz, zu den nationalen Truppen überzulaufen.

Hamburg wieder mit Strom versorgt

Hamburg, 27. Januar.
Der schwere Südsturm, der seit Sonntag das nordwestdeutsche Küstengebiet und die Nordsee heimsuchte, hat in der Nacht zum Mittwoch nachgelassen. Wie die Seewarte Hamburg mitteilt, herrscht an der Wasserfront nur noch Windstärke 6 bis 7. Durch das Abflauen des Windes ist das Wasser der Elbe wieder gestiegen. Die Arbeit der Pioniere, die bei dem Dammbau in Neuhoop eingesetzt waren, ist erfolgreich gewesen. Hamburg konnte dadurch bereits vor Eintritt des höheren Wassers wieder mit Strom versorgt werden.

Zu dem jüngsten Fall sagte der Erste Lord der Admiralität, daß die Nachforschungen unabweislich zu dem Schluß geführt hätten, daß das notwendige Vertrauen zu verschiedenen Leuten nicht berechtigt gewesen sei. Das gesamte Kabinett habe den Fall beraten und das Vorgehen gebilligt. Die Erklärung Hoares stellte die Opposition nicht voll zufrieden. Der radikale Linksabgeordnete Stafford Cripps erwiderte, daß man von einer eigentlichen Untersuchung des Falles nicht reden könne.
Die Enthüllungen über die schweren Sabotageakte auf Werftanlagen der britischen Kriegsmarine haben in England großes Aufsehen hervorgerufen.
Sämtliche Morgenblätter bringen diese Mitteilungen in größter Aufmerksamkeit und weisen darauf hin, daß es sich um äußerst gefährliche Verbrechen gehandelt habe, die englische Kriegsmarine zu schädigen, und zwar nicht nur durch technische Sabotage,

Neue Erfolge der spanischen Nationaltruppen vor Aranjuez

Salamanca, 27. Jan.
Bolschewistische Truppen griffen am Dienstag erneut am Frontabschnitt Aranjuez die bedeutsame Stellung der spanischen Nationaltruppen bei Questa de la Reina an. Die ausländischen Führer der Volkswaffen hatten dabei den Befehl erteilt, selbst unter größten Opfern an Menschenleben vorzugehen, um in den Besitz dieses außerordentlich wichtigen Straßen- und Eisenbahnknotenpunktes zu gelangen. Der erste Aufklärungsvorstoß wurde von besonders ausgewählten bolschewistischen Soldaten ausgeführt. Entsprechend dem Befehl warteten die spanischen Nationaltruppen, bis die bolschewistischen Söldlinge nahe herangekommen waren und brachten ihnen dann durch Maschinengewehrfeuer und Handgranaten große Verluste bei, die die Bolschewisten veranlaßten, sich sofort wieder zurückzuziehen.
Die nördlich von Aranjuez operierende nationale Kavallerie drang von der Ortschaft Sefena bis zur Ortschaft Cienpozuelos im Nordosten vor. Diese Ortschaft war angesichts des nicht aufzuhaltenden Vorrückens der nationalen Truppen von den Bolschewisten bereits verlassen worden. Im Jernhaus, dem größten Gebäude des Ortes, fand man eine ganze Anzahl Leichen ermordeter spanischer Soldaten. Die gesamte Ortschaft war ausgeplündert, wie sie überhaupt deutlich die Spuren einer langen bolschewistischen Schreckensherrschaft allenthalben zeigte.

Reichsminister Dr. Frick spricht im Rundfunk zum neuen Beamtengesetz

Berlin, 27. Januar. Reichsminister Dr. Frick spricht heute Abend um 19.30 Uhr über alle deutschen Sender zu dem in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts beschlossenen deutschen Beamtengesetz und zur Reichsdienststrafordnung.

Reichskabinett beschließt wichtige Gesetze

Deutsches Beamtengesetz und Reichsdienststrafordnung — Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen — Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien

Berlin, 27. Jan. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Dienstag zunächst das Deutsche Beamtengesetz und im Zusammenhang hiermit die Reichsdienststrafordnung. Durch das in nunmehr fast zweijähriger Arbeit zum Abschluß gebrachte Beamtengesetz tritt ein einheitliches Reichsbeamtenrecht an die Stelle von 17 verschiedenen Regelungen, und zwar sowohl für die Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten, wie auch für die Beamten der Körperschaften des öffentlichen Rechts.
Durch dieses Gesetz lebt die beste Tradition des alten Berufsbeamtentums wieder auf durch die Schaffung eines Treueverhältnisses zum Führer im Gegensatz zu der Weimarer Gesetzgebung, die den Beamten auf die Verfassung verpflichtete. Die Reichsdienststrafordnung wird in das Gesetz eingebaut als Folge der unzulässigen Verbundenheit zwischen Staat und Partei und als Trägerin des deutschen Staatsgedankens. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1937 in Kraft.
Durch die neue Reichsdienststrafordnung wird ebenfalls eine Vereinheitlichung des Dienststrafverfahrens und der Dienststrafgerichte gegenüber der heutigen Punttschichtigkeit hergestellt. Das neue Gesetz sieht im Gegensatz zu dem bisherigen Reichsbeamtengesetz ein Wiederaufnahmeverfahren vor bei Urteilen, die nach dem 1. Januar 1930 rechtskräftig geworden sind. Auch dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1937 in Kraft.

auf Preußen die Gemeinden Beesthacht und die Stadt Cuzhagen und eine Reihe anliegender Gemeinden übergeben. Zu Preußen kommt ferner das Land Lübeck mit Ausnahme seiner im Lande Mecklenburg gelegenen Gemeinden Schattin und Utecht. Der Stadtkreis Wilhelmshagen geht von Preußen auf das Land Oldenburg über und wird mit dem Stadtkreis Rastenburg zu einem neuen Stadtkreis Wilhelmshagen zusammengefaßt. Andererseits wird der oldenburgische Landesteil Birkenfeld mit dem Lande Preußen vereinigt und bildet einen Landkreis in der Rheinprovinz. Preußisch wird ferner auch der oldenburgische Landesteil Lübeck. Schließlich wird zwischen Preußen, Mecklenburg und dem bisher lübbischen Landesgebiet noch eine Gebietsvereinigung zur Vereinfachung der Verhältnisse vorgenommen. Die Vermögensauseinandersetzung zwischen Preußen und Hamburg sollen bis zum 1. April 1938 durchgeführt werden.

Das Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen ist das erste Gesetz einer territorialen Neubereinerung in Deutschland. Es war aus politischen und wirtschaftlichen Gründen insbesondere auch mit Rücksicht auf den Vierjahresplan erforderlich, und tritt in seinen wesentlichen Bestimmungen bereits am 1. April 1937 in Kraft. Nach diesem Gesetz gehen auf das Land Hamburg von Preußen über die Stadtkreise Altona und Wandersbek, Harburg-Wilhelmshagen und eine Reihe von anliegenden Gemeinden, während von Hamburg

Schließlich verabschiedete das Kabinett ein Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, nach welchem die Form der Aktiengesellschaft nur für große Kapitalgesellschaften, nämlich für solche mit über 1/2 Million Grundkapital in Zukunft in Frage kommt. Für die bestehenden Aktiengesellschaften wird die Mindestgrenze auf 100 000 RM. festgesetzt.

Wehrstimmaktien sind in Zukunft grundsätzlich verboten. Die Geschäftsführung der Aktiengesellschaft liegt ausschließlich beim Vorstand, dessen Verantwortung und Autorität verstärkt werden. Die Tantemen sollen in angemessenem Verhältnis stehen zu den freiwilligen sozialen Leistungen der Gesellschaften. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wird nach der Höhe des Grundkapitals gestaffelt.
Die nächste Sitzung des Reichskabinetts findet am Donnerstag, dem 30. Januar aus Anlaß der vierten Wiederkehr des Tages der Berufung des Kabinetts Hitler statt.